58% der SPD-Wähler sind fürs BGE – ein Kommentar zum Gastbeitrag von Frau Fahimi

Frau Fahimi bezeichnet in diesem Gastbeitrag das Bedingungslose Grundeinkommen als Kapitulation, ähnlich hat es auch schon der Bundespräsident Frank Walter Steinmeier kürzlich formuliert. Doch darin irrt sie.

Sie wünscht sich einen sozialen Arbeitsmarkt und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM), wie sie vom Regierenden Berliner Bürgermeister unter dem Titel "solidarisches Grundeinkommen" vorgeschlagen wurden. Dagegen ist erstmal nichts einzuwenden, solange die Maßnahmen tatsächlich freiwillig sind.

Sie spricht den Menschen das Potential ab, jenseits von Erwerbsarbeit Kreativität und Aktivität zu entwickeln, und stellt dabei vor allem den Staat in ein schlechtes Licht. Denn sie vermutet, dass dieser sich mit einem BGE aus seiner Verantwortung für gesellschaftlich notwendige und gewollte Tätigkeiten zurückziehen würde. Doch das ist nicht selbstverständlich mit dem Grundeinkommen gemeint. Alleine die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung und der Einkommens-Kontrollen bisheriger Transferleistungsbezieher könnte Personal für ehrliche Förderung und Vermittlung frei geben. Auch mit einem Grundeinkommen kann der Staat dieser Aufgabe noch nachkommen, die Teilnahme der Bürger wäre dann allerdings freiwillig.

Gegen gute Bildung ist nichts einzuwenden, auch dies steht nicht im Widerspruch zum Grundeinkommen. Das vorgeschlagene Chancenkonto für Weiterbildung braucht man mit einem Grundeinkommen allerdings nicht mehr zusätzlich. Warum eine Grundrente nur "bedingungsarm" statt bedingungslos sein soll, wird von Frau Fahimi gar nicht begründet.

Auch die Annahme, über das BGE hinaus wären keine weiteren Sozialleistungen mehr vorgesehen, ist so nicht richtig, auch wenn es stimmt, dass manche Modelle dies beinhalten. Aber das wäre ein guter Grund, ein SPD-taugliches Bedingungsloses Grundeinkommen- Modell zu entwickeln, statt selbst vor den Herausforderungen der Zukunft zu kapitulieren.

Dann könnte die SPD auch das Maß der Umverteilung gestalten, das mit dem Grundeinkommen einhergehen kann, aber nicht muss. Ob die verbleibenden Erwerbstätigen die Kosten zu tragen haben oder ob auch andere wirtschaftlichen Potentiale hinzugezogen werden, ist letztendlich eine Frage der

Finanzierung, nicht des Prinzips der Bedingungslosigkeit.

Das Prinzip des BGE ist folgendermaßen definiert: Ein Grundeinkommen ist eine Leistung, die bedingungslos jedem Mitglied einer politischen Gemeinschaft gezahlt wird, in Existenz- und Teilhabe sichernder Höhe, mit individueller Rechtssicherheit, ohne Bedürftigkeits- oder Vermögensprüfung und ohne Zwang zur Arbeit oder sonstiger Gegenleistung.

Wenn die SPD dagegen ernsthaft etwas einzuwenden hat, dann sollte sie offen zugeben, dass sie die Ausnutzung von Erwerbsarbeitern in prekären Jobs befürwortet, dass sie an der Umverteilung nichts ändern möchte und dass sie glaubt, Menschen würden sich nur durch Zwang zu sinnvollen Tätigkeiten bewegen lassen.

Und dabei sollten sie bedenken, dass 58 % der SPD-Wähler für ein Bedingungsloses Grundeinkommen sind.

Foto: epa/Marco Urban